

Offener Brief

Sehr geehrte Organisator/innen der European Law Student Association (ELSA),

wir beziehen uns auf die öffentliche Ankündigung für den am 12.08.2010 stattfindenden Vortrag des israelischen Botschafters zum Thema „Possible Reactions of a State of Law on Missile and Suicide Bombing Terror“ im Rahmen der International Law Conference on The Middle East Conflict vom 09. bis 14. August 2010 in Frankfurt/Oder.

In Übereinstimmung mit der internationalen Kampagne zum Boykott israelischer Institutionen¹, die sich nicht explizit gegen die völkerrechtswidrige Politik Israels positionieren, fordern wir Sie mit diesem Schreiben auf, den israelischen Botschafter auszuladen. Im Folgenden möchten wir unsere Forderung anhand der mit Ihrer Einladung verbundenen Problematik verdeutlichen.

Der Botschafter ist eingeladen, die Positionen eines Staates vorzutragen, der offenkundig, systematisch und weit verbreitet gegen geltendes Völkerrecht und gegen die Menschenrechte verstößt:

- ELSA lädt den Botschafter eines Staates ein, der **eine seit 43 Jahren andauernde völkerrechtswidrige Besatzung** zu verantworten hat. Israel verletzt Art. 53 IV. Genfer Konvention, indem es keine ausreichende medizinische und ernährende Versorgung der Bevölkerung der besetzten Gebiete sichert, bewegliches und unbewegliches Vermögen zerstört (Art. 55 IV. Genfer Konvention) und Land für Siedlungs-, Straßen- und Mauerbau konfisziert und annektiert (Art. 49 IV Genfer Konvention und das IGH Mauergutachten). Der Botschafter vertritt zudem einen Staat, der bis heute das völkerrechtlich verbürgte **Recht palästinensischer Flüchtlinge auf Rückkehr nicht anerkennt**.
- Der Botschafter spricht für einen Staat, der sich nicht der Staatenverantwortlichkeit der Gaza Offensive 2008/2009 stellt. Hierbei ist insbesondere auf den Goldstone Report zu verweisen, der den israelischen Streifkräften vorwirft, während der Militäroperation in Gaza 2008/2009 **gravierende Verstöße gegen die Genfer Konvention** begangen zu haben.² Das umfasst zahlreiche, ernste Verstöße gegen internationales humanitäres Recht. Der Goldstone Report kommt zu dem Schluss, dass die israelischen Streitkräfte Handlungen begingen, die **Kriegsverbrechen gleichkommen** und möglicherweise **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** darstellen.

¹ Internationale akademische und kulturelle Boykott Kampagnen, <http://www.pacbi.org/einside.php?id=67> und www.alternativenews.org.

² Goldstone Report, 2009.

- Der Botschafter legitimiert das Handeln eines Staates, der **nicht-jüdische Bürgerinnen und Bürger weitreichend und systematisch diskriminiert**. So halten beispielsweise alle israelische Universitäten an diskriminierenden und rassistischen Ausgrenzungspraktiken fest.³ Damit werden vor allem palästinensische Bürger und Bürgerinnen Israels institutionell diskriminiert. Studierende, die dem israelischen Militär dienen, werden durch universitäre Programme privilegiert behandelt. Hierzu gehört auch die Tel Aviv University⁴, deren ehemaliger Präsident und Rektor Yoram Dinstein ebenfalls als Redner von ELSA zur Konferenz eingeladen ist. Diskriminiert wird, wer nicht der israelischen Armee zugehörig ist, und damit nahezu die gesamte nicht-jüdische Bürgerschaft Israels.

Meinungsfreiheit ist für alle Vortragenden *conditio sine qua non*, und hat richtigerweise menschenrechtlichen Charakter. Aufgrund der Funktion des Redners als Staatsvertreter stellt sich die Frage, für welche Zwecke Meinungsfreiheit hier instrumentalisiert und missbraucht wird. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten gravierenden völkerrechtlichen Verletzungen ist zu fragen, warum die European Law School Association mit dieser Einladung zur Normalisierung der Diskriminierungs- und Militärpolitiken des israelischen Staates beiträgt. Eine Konferenz zum Thema „Lösungsansätze im Nahostkonflikt“ kann Völker- und Menschenrecht als Referenz nicht umgehen. So erfordert eine Lösung des Konfliktes zum einen, dass sich die eingeladenen Redner und Rednerinnen das internationale Recht als Grundlage für die Debatte und politische Lösung nehmen.

Zum anderen ist zu fragen, welche Kompetenz und Legitimation der israelische Botschafter hinsichtlich rechtsstaatlicher Debatten besitzt – als Repräsentant eines Staates, in dem völkerrechtswidrige Verbrechen Normalität sind:

„Es ist eine Sache, die Genfer Konventionen und das humanitäre Völkerrecht zu kritisieren. Eine andere Sache ist es schon, diese Bestimmungen zu verletzen oder abzulehnen, [...]. Einen entscheidenden Schritt weiter geht allerdings eine Regierung, die das humanitäre Völkerrecht und seine Verfechter zur Bedrohung für ihren Staat erklärt, die es systematisch zu bekämpfen gelte. Das aber ist die Haltung,

³ Alternative Information Center (AIC), *The Economy of Occupation, Academic Boycott of Israel and the Complicity of Israeli Academic Institutions in Occupation of Palestinian Territories*, 2009. <http://www.alternativenews.org/english/index.php/topics/economy-of-the-occupation/2223-the-economy-of-the-occupation-23-24-academic-boycott-of-israel>

⁴ SOAS Palestine Society Report: "Tel Aviv University part and parcel of the Israeli Occupation," <http://bdsmovement.net/?q=node/502>; Adalah Legal Center for Arab Minority Rights in Israel. *Education rights—Palestinian citizens of Israel*, (2003), Shafa'amr, Israel; Tel Aviv University's Age Restrictions Discriminate against Arab Students in Admission to its Medical School, www.adalah.org/newsletter/eng/jan08/4.php; Human Rights Watch. *Second Class: Discrimination Against Palestinian Arab Children in Israel's Schools* (2001), www.hrw.org/reports/2001/israel2/; Tel Aviv University is asked to acknowledge its past and to commemorate the Palestinian village on which grounds the university was built, www.zochrot.org/index.php?id=143;

die von der israelischen Regierung inzwischen fast routinemäßig vertreten wird.
[...]“⁵

Die Konferenz der ELSA ist kein Ort, der tatsächlich zu einer Lösung beitragen kann, vielmehr ist die Einladungsentscheidung an sich bereits die Prädisposition der Debatte. Sie spiegelt ein politisiertes Machtverhältnis und eine deutliche Positionierung der Veranstalter/innen jenseits des internationalen Rechts.

Der Boykott von akademischen Konferenzen, die das internationale Recht nicht als Maßstab nehmen, folgt dem Aufruf der überwiegenden Mehrheit der palästinensischen Zivilgesellschaft.⁶ Die Tatsache, dass viele palästinensische Akademiker/innen an Ihrer Konferenz explizit nicht als Redner/innen teilnehmen, ist als Ausdruck des Protests ernst zu nehmen. In diesem Sinne ist eine öffentliche Positionierung der European Law School Association, auch gegenüber den Teilnehmenden und Gästen der Konferenz, ausstehend und notwendig.

Berlin Academic Boycott (BAB), Studierende und Forschende aus Berlin

bacademic.b@gmail.com

<http://berlinacademicboycott.wordpress.com/>

Berlin, 26.Juli 2010

⁵ Keenan/ Weizman, Le Monde Diplomatique, 9. Juli 2010, http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/07/09.mondeText1.artikel_a0043.idx,12

⁶ Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (PACBI), <http://www.pacbi.org/>